

# Gewalt statt Reform

## Proteste gegen Massentourismus

Von Carmela Negrete

Es kommen immer mehr. 2025 waren es 13 Millionen, so viele wie nie zuvor. Mallorca erlebt Jahr für Jahr eine Touristeninvasion, die Insel quillt über vor Besuchern. Vergessen werden dabei regelmäßig die autochthonen Bewohner des Eilands. Und denen reicht es so langsam. Mitten in der Hauptsaison demonstrierten Zehntausende Mallorquiner am Sonntag abend in Palma de Mallorca gegen die Auswirkungen der Urlaubsindustrie. Aufgerufen zum Protest hatte das Bündnis »Weniger Tourismus, mehr Leben«.

Im Mittelpunkt stand einmal mehr die Krise auf dem Wohnungsmarkt. Horrende Mieten sorgen dafür, dass Beschäftigte in der Tourismusbranche, im Einzelhandel oder im Gesundheitswesen sich höchstens ein WG-Zimmer leisten können oder gleich im Caravan wohnen. Demgegenüber steht der Umstand, dass mehr als 100.000 Wohnungen auf der Insel an Touristen vermietet werden. Dieser Zustand hat sich also auch unter einer Regierung mit progressiven Vorzeichen nicht gebessert, so als herrschte in Madrid die politische Rechte.

Dazu passt, dass die Polizei bei den Protesten von Sonntag ziemlich rüde vorgegangen ist. Videos zeigen, wie der Fotojournalist Xavi Hurtado von Einsatzkräften mit Schlagstöcken am Kopf getroffen wird. Am Ende wurden acht Verletzte gemeldet. Auch wenn auf Mallorca derzeit eine rechte Regierung herrscht, ist die spanische Polizei dem sozialdemokratischen Innenminister Fernando Grande-Marlaska in Madrid unterstellt. Der gewaltsame Polizeieinsatz war den spanischen Medien keine Meldung wert, hiesigen sowieso nicht.

Ebensowenig, dass bereits zehn Tage zuvor zwei Aktivistinnen wie Terroristinnen abgeführt worden waren, weil sie ein Graffito gegen den Massentourismus und insbesondere gegen dessen Auswirkungen auf den Mietmarkt gesprüht hatten. Nun soll gegen die beiden sogar das sogenannte Maulkorbgesetz (Ley Mordaza) angewendet werden – ein Gesetz, das von der rechten Regierung der Volkspartei (Partido Popular, PP) im Jahr 2015 eingeführt wurde und von dem der sozialdemokratische Premier Sánchez versprochen hatte, es abzuschaffen.

Die regierende Sozialdemokratie hat an den sozialen Zuständen im Land nichts wesentliches geändert. Auf Mallorca lässt sich das wie in einem Brennglas beobachten. Man sollte sich also nicht wundern, wenn der postfranquistische PP die kommenden Wahlen gewinnen und ein Bündnis mit den noch weiter rechts stehenden Kräften von Vox eingehen wird.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526851.gewalt-statt-reform.html>